

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Angelsgewinn: die 2spaltige Zeile 20 Goldpfennig, die 3spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 4spaltige Zeile 60 Goldpfennig. Nachdruckgebühr 20 Goldpfennig. Besondere Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10 Uhr durch den Verleger. Anzeigen abnehmen wir keine Garantie. Jeder Rücktritt ist einseitig. Rücktrittskosten sind dem Auftraggeber zu zahlen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 140. — 84. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 19. Juni 1925

Deutsch-polnischer Wirtschaftskrieg.

Mit dem 15. Juni ist eine Art Handelskrieg zwischen Deutschland und Polen ausgebrochen; wir haben nämlich mit diesem Datum endlich auch Polen gegenüber unsere zollpolitische Souveränität zurückbekommen, die uns der Versailler Vertrag genommen hatte. Genau wie bei der Einfuhr elfassischer lothringischer Waren ein bestimmtes Kontingent zollfrei eingeführt werden mußte, hatte der Versailler Vertrag dieses Recht auch Polen gegeben. Das ist erloschen mit dem 15. Juni. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um ein Ausfuhrkontingent für Kohlen, und Polen hat die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, die Produkte seines neu erworbenen ostoberschlesischen Kohlenreviers abzuführen, hat dabei aber nicht viel Glück gehabt. Seine Industrie selbst ist viel zu wenig entwickelt, um die in Ostoberschlesien geforderten Kohlen zu verbrauchen; schon liegen dort anderthalb Millionen Tonnen auf Halben und die Gruben sind aus Mangel an Beschäftigung schon zu sehr weitgehend in Arbeiterentlassungen gesunken. Den Rückgang kennzeichnet die eine Tatsache, daß im Jahre 1923 im ostoberschlesischen Bergbau noch über 150 000 Arbeiter beschäftigt waren, während diese Zahl im April dieses Jahres auf 90 000 zurückgegangen war.

Trotzdem ist der Handelskrieg mit Polen nicht von unserer Seite, sondern von Warschau aus eröffnet worden, indem nämlich im Mai dieses Jahres eine bis zu 300 Prozent steigende Zollerhöhung beschlossen wurde auf eine Reihe von Waren, deren Import in Polen fast reiflos von Deutschland her erfolgte. Polen hat außerdem jede besondere Vergünstigung für Deutschland auf zollfreies Gebiet abgelehnt. Trotz allem ist man auf deutscher Seite den Polen in der Frage des Kohlenkontingents entgegengekommen; man will, allerdings gegen ausreichende Gegenleistungen, die Einfuhr einer bestimmten Menge von Kohlen zu ermäßigtem Zollsatze oder zollfrei nach wie vor zulassen. Demgegenüber muß noch darauf hingewiesen werden, daß wir in Deutschland einen geradezu katastrophalen Überfluß an Kohlen haben.

Die Gegenleistungen polnischerseits sollen vor allem in gewissen Bergleistungen auf die Liquidation deutschen Besitzes in Polen bestehen. Am 1. August läuft die Zeit ab, bis zu der sich diejenigen Bewohner polnischer Gebiete, die sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden, in Polen noch aufhalten dürfen. Selbstverständlich wird ihre wirtschaftliche Bedrängnis aus schärfster Ausnutzung und sie müssen ihren Besitz zu Schmelzpreisen verkaufen. Dabei ist in den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen unser östlicher Nachbar der weitaus schwächere Teil, weil fast 40 % seiner Ausfuhr nach Deutschland gehen. Vor allem ist es bekanntlich die Lodzer Textilindustrie, die fast ausschließlich nach dem Westen ausführt. Schon beginnt es dort zu frachen; das polnische Kohlenkontingent ferner hat sofort die Kohlenproduktion um 43 % herabgesetzt, 20 000 Grubenarbeiter werden entlassen werden müssen. Und den Zinsrenten wird es nicht viel besser gehen. Betrachtend dabei ist nur, daß bei den ostoberschlesischen Werken noch sehr viel deutsches Kapital investiert ist, das natürlich unter diesem Zollkrieg und der Absatzstörung recht erheblich leiden wird.

Die Handelsbilanz Polens ist hoffnungslos passiv, trotzdem wirtschaftliche Werte erheblicher Art diesem Staate geradezu in den Schoß gefallen sind. Entsprechend ist die Besorgnis um die Aufrechterhaltung der polnischen Währung, die nach Absinken der polnischen Mark bereits einmal eine Reform durchgemacht hat. Die übermäßig großen Aufwendungen Polens erhöhen die Ausgaben des Staates derart, daß er nur durch schärfste Anziehen der Steuerschraube balanciert werden kann. Handelspolitisch ist Polen ganz auf den Westen angewiesen, da die Tschechoslowakei für die Einfuhr polnischer Waren wenig in Frage kommt, besonders nicht für Kohlen. Das Verhältnis zu Rußland ist das denkbar schlechteste; jetzt hat man nun auch noch einen Zollkrieg mit Deutschland angefangen!

Der vertragslose Zustand, darüber hinaus einen Wirtschaftskrieg mit Polen, ist aber selbstverständlich keine erfreuliche Sache, auch wenn wir dabei weitaus die Stärkeren sind und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens mit einer gewissen Ruhe zusehen können. Wir werden freilich gerade angesichts unserer stärkeren Stellung nun keineswegs von überzogener Nachgiebigkeit sein, brauchen es auch nicht zu sein. Aber wir müssen schließlich daran denken, daß durch einen Zusammenbruch der ostoberschlesischen Industrie, die trotz aller chauvinistischen Verfolgungen doch noch einen starken deutschen Charakter trägt, uns nicht nur aus materiellen Gründen unerwünscht sein müßte, sondern auch aus ideellen, aus nationalen Gründen. Wir können mit unserem nächsten Nachbar im Osten doch nicht im Kriege leben, weil wir auch darunter leiden würden. Es wäre freilich zu begrüßen, wenn über die wirtschaftspolitische Einigung hinaus die Klärung auch anderer polnischer Streitfragen erfolgen könnte, bei denen sich Polen bisher von einer überaus großen Hartnäckigkeit gezeigt hat. Wir sind in nach mancher Richtung — man denke nur an die Verhältnisse im polnischen Korridor — auf den alten Willen Polens angewiesen und haben daher

Deutschlands Reparationsleistungen.

Eigener Fernsprechschrift des „Wilsdruffer Tageblattes“. Der Bericht des Reparationsagenten.

Berlin, 18. Juni. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Paris: Die Reparationskommission veröffentlicht den Bericht des Generalagenten für die Reparationszahlungen über die ersten acht Monate der Auswirkungen des Dawesplanes. Unter anderem heißt es in dem Bericht, es wäre verfehlt, Schlüsse auf das endgültige Ergebnis des Dawesplanes zu ziehen. Der Erfolg dieses Planes sei nicht allein in der Bedeutung der wirklich geleisteten Zahlungen zu suchen, sondern er sei auch dazu bestimmt, das Mißtrauen und die Unordnung durch den Geist der Befriedigung zu ersetzen. Jedoch wird festgestellt, daß das Funktionieren des Planes den Erwartungen entspricht. Die Verfassung des deutschen Haushaltes und der deutschen Währung zeige, daß man schon viel erreicht habe. Es bleibe aber noch viel zu tun übrig. Das deutsche Budget für 1924/25 sei vollkommen im Gleichgewicht und zeige einen Ueberschuß der Einnahmen gegenüber den Ausgaben. Hinsichtlich der Reparationszahlungen, besagt der Bericht, sei dies von äußerster Wichtigkeit. Die Ergebnisse dürften jedoch nur als ein Anfang, nicht aber als das Ende bezeichnet werden. Insgesamt hat der Generalagent in den ersten acht Monaten 620 Millionen Goldmark eingenommen.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

Berlin, 18. Juni. Die am Dienstag zwischen Deutschland und Polen geführten Verhandlungen haben, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, zu keinem Ergebnis geführt, da die Gegenseite auf der vollen Aufrechterhaltung des bisherigen Kohlenkontingents von 500 000 Tonnen bestehen bleibt. Den für Ober-schlesien in Frage kommenden Kohlenhändlern ist daher mitgeteilt worden, daß für die Zeit vom 1. Juli ab Einfuhrschemine aus polnische Kohle nicht mehr erteilt werden.

Untergrabung der Disziplin der Marokkosoldaten.

Paris, 18. Juni. Der republikanische Verband des Senats hat heute eine Resolution angenommen, in der er gegen die verbrecherische Propaganda protestiert, die auf die Untergrabung der militärischen Disziplin unter den Marokkosoldaten abzielt. Die Resolution gipfelt in der Aufforderung an die Regierung, entsprechende Maßnahmen zur Bestrafung der Urheber dieses Propagandabestrebens zu ergreifen.

auch unternimmt ein Interesse daran, dem Wirtschaftskrieg mit Polen ein baldiges Ende zu machen.

Eine polnische Erklärung.

Der polnische Handelsminister Dr. Karnet erklärte auf einer Pressekonferenz über die Möglichkeit eines deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges, die polnische Regierung gebe sich vollkommen Rechenschaft über die Lage, wie sie aus einem Scheitern der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen entstehen müsse, und bereite die entsprechenden Zollmaßnahmen vor. Polen werde aber nicht als erster Repressalien ergreifen, denn es sei nicht für Angriffe, sondern nur für Verteidigung.

Ministerrat über die Sicherheitsnote.

Berlin, 17. Juni. Heute fand eine Besprechung des Reichskabinetts über die französische Antwort auf die deutschen Sicherheitsvorschläge statt. In der Besprechung wurde auch die Gesamtheit der außenpolitischen Fragen in den Kreis der Erwägungen gezogen. Die französische Note wird bekanntlich erst Freitag morgen veröffentlicht werden, also einen Tag später, wie anfangs beabsichtigt, da auf französischer Seite aus technischen Gründen ein dahingehender Wunsch entstand. Die Ministertagung fand nicht in der Reichskanzlei statt, sondern wurde in der Privatwohnung des Reichsinnenministers Schiele abgehalten, da Minister Schiele infolge einer Fußverletzung bettlägerig ist. Minister Schiele ist anscheinend auf einen Nagel getreten und hat sich dadurch eine starke Zellgewebsentzündung zugezogen. Die Antwort der deutschen Regierung auf die französische Note ist nicht vor nächster Woche zu erwarten.

Wer wird begnadigt werden?

Der Inhalt der Reichsamnestie. Die Amnestievorlage ist nunmehr fertiggestellt und liegt dem Reichskabinetts zur Beratung vor. Sie betrifft die Fälle des Hochverrats, der Geheimhandels, ferner des Verstoßes gegen die Paragraphen 7 und 8 des Republikstrafgesetzes (insbesondere Gewalttätigkeiten gegen Re-

Deutscher Landwirtschaftsrat und Schutz Zoll

Die Landwirtschaft vor einer Katastrophe.

Friedrichshafen, 17. Juni. In der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates nahm Freiherr von Wangenheim-Alteinspiegel zu der Denkschrift der Reichsregierung über den Schutz der landwirtschaftlichen Produktion Stellung. Der Redner legte eine Entschließung vor, in der auch die Einführung angemessener Zollsätze auf Futtermittel und ferner ein mäßiger Zollsatz für Wolle als notwendig bezeichnet werden. In der Gestaltung der Zollsätze des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfs für landwirtschaftliche Erzeugnisse könne der Landwirtschaftsrat die Verwirklichung des Grundgedankens des Schutzes der heimischen Produktion nicht erblicken. Die sofortige Einführung ausreichender Zölle mit Beginn der diesjährigen Ernte sei erforderlich. Wenn der Zollsatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nur in unzureichendem Maße wiederhergestellt werde, so sei die Gefahr einer schweren Katastrophe für die gesamte deutsche Wirtschaft in nächster Nähe gerückt. Das Korreferat erstattete Dr. Schindler, der sich besonders mit dem Reichsgesetz über Zolländerungen beschäftigte. Zum deutsch-spanischen Handelsvertrag wurde eine Entschließung vorgelegt, in der die Regierung angefordert wird, dem Wein-, Obst- und Gemüsebau den dringend erforderlichen höheren Zollsatz so beschleunigt zu verschaffen, daß die Weinernte 1925 nicht mehr zu den jetzigen verheerenden Zollsätzen herabkommen könne. Auch für Tabak wird ein entsprechender Zollsatz verlangt. In der Aussprache über die Zollfrage beteiligten sich Redner aus allen Gegenden des Reiches und betonten die Unmöglichkeit aller Landwirte in der Forderung nach einem länderlosen und ausreichenden Zollsatz. Alle Anträge wurden einstimmig angenommen, darunter auch die Forderung einer Audienz beim Reichspräsidenten.

Die Internationale Waffenhandelskonferenz.

Genf, 17. Juni. Die Waffenhandelskonferenz beendete heute ihre Arbeiten. Das Übereinkommen über die internationale Kontrolle des Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial wurde von 18 Staaten, das Protokoll über das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges von 27 Staaten unterzeichnet. Nach der Unterzeichnung wies der Vorsitzende, der frühere belgische Ministerpräsident Carton de Wiart in einer Ansprache auf die Bedeutung der Tatsache hin, daß der Waffenhandel jetzt eine Angelegenheit des internationalen Rechts geworden ist. In die Ausführungen des Vorsitzenden schlossen sich die Abgeordneten der einzelnen Delegationen.

glerungsmitglieder, Verherrlichung antirepublikanischer Gewalttaten, Verheimlichung eines Waffenlagers, öffentliche Beschimpfung der republikanischen Staatsform oder der Reichsflagge) sowie Verhöfe gegen Paragraph 5 der Verordnung vom 26. Juni 1922. Unter die Amnestie fallen alle Geldstrafen sowie Freiheitsstrafen (Haft, Festung, Gefängnis) bis zu einem Jahr. Dagegen nicht Jugthausstrafen. Sie bezieht sich als Reichsamnestie nur auf Strafen, die von Gerichten des Reiches (Reichsgericht und Staatsgerichtshof) ausgesprochen worden sind. Verfahren wegen der genannten Delikte und damit zusammenhängender Straftaten, die noch anhängig sind, werden eingestellt, wenn die Tat vor dem Oktober 1923 begangen worden ist. Dies würde also insbesondere die noch nicht abgeurteilten Täter des Rapp-Rußches betreffen. Die Amnestie soll sich nur auf politische Delikte beziehen. Verbrechen, die aus nichtpolitischen Beweggründen, aus Rohheit oder Eigennut begangen sind, kommen nicht in Betracht. Ebenso nicht Hochverrat im Rückfall und alle die Fälle, in denen im Zusammenhang mit der Straftat Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung, schwerer Raub, Brandstiftung, Eisenbahntransportverhinderung oder Sprengstoffverbrechen begangen sind. Soweit die Reichsamnestie. Daneben tritt eine Amnestie der Länder. Der preussische Entwurf dürfte fertiggestellt sein, wird aber vorläufig nicht veröffentlicht, da die Länder gemeinsam vorgehen wollen und deshalb Beratungen im Reichsrat vorgehen sind.

Großes Eisenbahnglück in Amerika

48 Deutschamerikaner getötet. Zwischen den Orten Rockport und Hacketts-town im Staate New Jersey hat sich ein furchtbares Eisenbahnglück ereignet. Ein Sonderzug mit etwa 200 Deutschamerikanern aus Chicago und den Mittelweststaaten, die sich in New York auf den Dampfern „Republik“ und „Stuttgart“ nach der alten Heimat einschiffen wollten, um in den deutschen Hansestädten Verwandte zu besuchen oder an der Tausendjahrfeier der Rheinlande teilzunehmen, entgleiste infolge eines durch einen schweren Gewitterregen verursachten Dammrutsches. Große Erdmassen der Böschung, die auf die